

Keine Lockerung bei den Pestizid-Plänen

Bundesrätin Simonetta Sommaruga erlässt eine strengere Gewässerschutzverordnung als ihre Vorgängerin. Kritik erntet sie dennoch, weil sie die Grenzwerte für Pestizide nicht für alle Gewässer gleich angepasst hat.

Andrea Tedeschi

SCHAFFHAUSEN. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will in der Revision der Gewässerschutzverordnung am generellen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm Pestizid pro Liter für Flüsse und Seen festhalten, aus denen Trinkwasser gewonnen wird, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) gestern mitteilte. Damit geht die Sozialdemokratin und Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (Uvek) auf Distanz zur Strategie ihrer Vorgängerin Doris Leuthard.

Glyphosat: Politischer Entscheid

Sommarugas Entscheid kommt nicht ganz überraschend. Die Sensibilisierung in der Bevölkerung rund um das Trinkwasser ist gross und hat in den letzten zwei Jahren nochmals zugenommen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil auf eine Negativschlagzeile um erhöhte Pestizid-Grenzwerte oder krebserregende Stoffe in den Flüssen und Seen die nächste folgte. Ausserdem hatte Leuthards Entwurf für eine revidierte Gewässerschutzverordnung vor zwei Jahren für einen Aufschrei gesorgt. Auslöser war besonders der Plan des Departements, den Grenzwert für Glyphosat um den Faktor 3600 anzuheben: von 0,1 Mikrogramm pro Liter auf 360 Mikrogramm bei kurzfristigen Verschmutzungen, bei chronischen Verschmutzungen auf deren 120. «Glyphosat ist für die Umwelt kein Problem», sagt Kurt Seiler, Schaffhauser Kantonschemiker und Leiter des interkantonalen Labors. «Man kann den Stoff und seine Abbauprodukte in den Gewässern nicht einmal nachweisen.» Den Grenzwert dieses Stoffes nicht wie ursprünglich geplant zu erhöhen, ist für Seiler ein politischer Entscheid.

Selbst schärfere Grenzwerte für zwölf besonders giftige Pestizide wie zum Beispiel das hochgiftige Insektizid Cypermethrin, das bei Ackerbau, Viehhaltung und Holzschutz eingesetzt wird, konnten die Kritiker der Vorlage vor zwei Jahren nicht besänftigen. Mit dieser Flexibilisierung wollte das Uvek den unterschiedlichen Toxizitäten der Pestizide gerecht werden und so den Schutz der Lebewesen im Wasser besser als bis anhin sichern. Doch Umweltverbände gaben zu bedenken, dass die Methodik noch gar nicht so weit entwickelt sei, um kleinste Mengen im Wasser zu messen.



Gehört dieses Bild bald der Vergangenheit an? Klar ist, Bundesrätin Sommaruga will die Pestizid-Pläne nicht lockern. BILD KEY

Die strengeren Grenzwerte für diese zwölf Pestizide will Bundesrätin Sommaruga dennoch einführen. Da es sich um eine Departementsverordnung handelt, konnte die Uvek-Vorsteherin ohne Zustimmung des Gesamtbundesrates entscheiden.

«Es ist ein richtiger Entscheid für die Umwelt», sagt der Kantonschemiker Kurt Seiler, der die neue Verordnung für den Kanton Schaffhausen umsetzen muss. Von den zwölf Stoffen brauche es

«Man kann Glyphosat und seine Abbauprodukte in den Gewässern nicht nachweisen.»

Kurt Seiler
Kantonschemiker Schaffhausen

kleinste Mengen, um Insekten im Wasser zu töten. Anders als noch vor zwei Jahren könnten tiefe Konzentrationen von Pestiziden im Wasser inzwischen nachgewiesen werden. Generell hält Seiler fest, dass die Situation bei jedem Pestizid anders aussehe. «Darum macht es Sinn, dass die Kantone entscheiden können, welche Schwerpunkte sie setzen wollen und richtig sind.» Konkret heisst das: Wird der Höchstwert eines Pestizids in einem Fluss oder See über-

schritten, ist es an den Kantonen, die Gründe zu finden, wieso die Werte so hoch sind. «Das kann allerdings auch sehr aufwändig und schwierig sein», sagt Seiler. Selbst wenn die Kantone für die Umsetzung der Gewässerschutzverordnung verantwortlich sind, gibt es Grenzen. «Wird der Höchstwert für ein bestimmtes Pestizid in mehreren Fließgewässern in der Schweiz überschritten, ist der Bund gefragt», sagt Seiler. Dann seien Korrekturen nötig. Wie zum Beispiel bei der Zulassung der Stoffe.

Handlungsbedarf bei Zulassung

Handlungsbedarf bei der Zulassung sieht auch Michael Casanova, Projektleiter Gewässerschutz und Energiepolitik bei Pro Natura. «Das Bundesamt für Landwirtschaft hat einen Interessenskonflikt, weshalb die Zulassung von Pestiziden an eine unabhängige Stelle delegiert werden sollte.» Jenes Bundesamt also, das jüngst wegen der genannten Beispiele und seiner Zulassungspraxis in die Kritik geraten ist. Diese sei zu wenig unabhängig und transparent, kritisierten Wirtschaftsprüfer der KPMG, welche die Zulassungspraxis im Auftrag des Bundes untersuchten. Casanova sagt, werde ein Pestizid zugelassen und eingesetzt, bleibe dieses noch lange im Boden und auch in den Gewässern nachweisbar. «Der Schaden ist dann für lange Zeit angerichtet», sagt Casanova.

Dass Bundesrätin Sommaruga am bisherigen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm für Pestizide mit wenigen Ausnahmen festhält, begrüsst Casanova. Er kritisiert jedoch, dass die neue Verordnung Flüsse und Seen, aus denen Trinkwasser gewonnen wird, besser behandelt als andere Gewässer. Dass dort für 14 Stoffe sogar höhere Grenzwerte vorgesehen sind, sei nicht akzeptabel. «Umweltgifte richten Schaden an, unabhängig davon, wie das belastete Wasser verwendet wird», sagt Casanova. Ausserdem wisse man noch zu wenig darüber, wie der Cocktail an Stoffen wirke. «Eine generelle Deckelung des Grenzwertes für Einzelstoffe auf 0,1 Mikrogramm pro Liter wäre aus Sicht des Vorsorgeprinzips deshalb angebracht. Auch in Gewässern ohne direkte Trinkwassernutzung», sagt Casanova. Er fordert, dass der Gesetzgeber generell auf die problematischen Pestizide verzichten würde.

Die Gewässerschutzverordnung tritt am 1. April in Kraft.

Die Ökowelle erreicht das Bier

Im kleinen Rahmen Bier brauen, das könnte sich in Zukunft lohnen, wenn es nach Waadtländer SP-Politikern geht. Sie wollen lokale Brauereien mit staatlicher Hilfe unterstützen. Der Schweizer Brauerei-Verband zweifelt am Nutzen.

Kari Kälin

BERN. Bierbrauen boomt. Per Ende Januar dieses Jahres verzeichnete die Eidgenössische Zollverwaltung 1127 Brauereien, die pro Jahr mehr als 400 Liter Bier herstellen und damit steuerpflichtig sind. Vor zehn Jahren zählte das Land erst 332. Der Marktanteil der Mikrobetriebe und Hobbybrauer ist jedoch gering: 51 Brauereien stellen 99,2 Prozent der Inlandproduktion her.

Jetzt werfen sich Waadtländer SP-Politiker für die Kleinstbrauereien in die Bresche – namentlich für lokale, grüne und handwerklich fabrizierte Biersorten. Nationalrat Samuel Bendahan schweben tiefere Steuern für Betriebe vor, die sämtliche Rohstoffe lokal einkaufen oder besonders umweltschonend produzieren. In seinem Postulat argumentiert Bendahan, die grossen Bierproduzenten würden von Einfuhrerleichterungen bei Rohstoffen profitieren. Er möchte zudem mehr Bauern zum Anbau von Hopfen animieren. Derzeit wird nur 10 Prozent der inländi-



«Es handelt sich um einen Eingriff in die Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit.»

Alois Gmür
CVP-Nationalrat und Mitinhaber der Brauerei Rosengarten AG in Einsiedeln

schen Produktion mit einheimischem Hopfen gebraut.

Lizenz mit Auflagen

Die SP-Kantonsrätin Jessica Jaccoud plädiert derweil dafür, Waadtländer Handwerk-Brauereien noch gezielter unter die Arme greifen. Sie will mit einem Vorstoss alle Gastrobetriebe mit der Lizenz zum Alkoholausschank verpflichten, Bier von Waadtländer Mikrobrauereien anzubieten; für Wein ist das bereits der Fall. Als Mikrobrauerei sollen Betriebe gelten, deren Jahresproduktion tiefer als bei 15000 Hektolitern liegt. Von diesen Regeln, die auch für Grossanlässe wie Musikfestivals gelten sollen, würden potenziell mehr als 100 Waadtländer Brauereien profitieren. Jaccoud kritisiert, die grössten Brauereien wie Carlsberg und Heineken würden den Schweizer Biermarkt beherrschen. Mit dieser Dominanz könnten sie kleineren Anbietern den Marktzugang faktisch versperren, indem sie zum Beispiel mit Festivals und Gastrobetrieben Exklusivverträge abschliessen würden.

Jaccoud und Bendahan haben ihr Vorgehen koordiniert.

15 000 Fussballfelder Anbaufläche

Die grüne Welle hat also den Gerstensaft erreicht. CVP-Nationalrat Alois Gmür findet das wenig berauschend. Der Ruf nach lokalem und umweltfreundlichem Bier möge zwar sympathisch tönen, sagt der Mitinhaber der Brauerei Rosengarten AG in Einsiedeln. «Doch es handelt sich um einen Eingriff in die Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit.» Die Bierwahl solle dem Konsumenten überlassen werden. «Ich habe oft erlebt, dass Restaurants unsere Biersorten in ihr Sortiment aufnehmen, weil die Gäste danach verlangten», sagt Gmür. Der CVP-Politiker weist darauf hin, dass es in der Schweiz praktisch keine Mälzereien gebe. Die Bierproduzenten seien auf den Import von Malz angewiesen.

Marcel Kreber, Direktor des Schweizer Brauerei-Verbandes, schlägt in die gleiche Kerbe. «Es wäre ja toll, wenn wir unsere Biere zu 100 Prozent mit einhei-

mischen Rohstoffen herstellen könnten», sagt er. «Allein für die Produktion von genügend Braugerste müssten wir aber eine zusätzliche Anbaufläche von mehr als 15 000 Fussballfeldern haben.» Kreber steht dem politischen Support für lokale Ökobiere skeptisch gegenüber. «Wir haben einen funktionierenden Biermarkt. Wenn die Qualität stimmt, haben solche Produkte ohne spezielle Förderung eine Chance.»

Auch der Bundesrat verwirft einen Eingriff in den Biermarkt und erteilt Bendahans Idee eine Absage. Der Anbau von Hopfen und Braugerste werde bereits jetzt subventioniert. Er erinnert auch daran, dass Brauereien mit einer Jahresproduktion von weniger als 55000 Hektolitern steuerlich begünstigt werden.

Die vorberatende Kommission des Waadtländer Kantonsparlaments hat derweil die Motion von Jaccoud in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelt. Noch keine Entscheide gefällt zur staatlichen Mikrobrauereiförderung hat das Eidgenössische Parlament.